

VORWÄRTS

Sozialistische Linkspartei
Österreichische Sektion des CWI/ML
Kaiserstraße 14/11, A-1070 Wien
Tel. 01/424 43 181 (10 Linien)
Telefax 01/424 43 182
E-Mail: slp@gnix.at

Betriebszeitung der Sozialistischen Jugend Favoriten
Gruppe Rote Werkstatt

Nr. 2 Sep./Okt. 1983

Preis 5S Solidaritätspreis 10S

WIDERSTAND GEGEN ÜBERWACHUNGSSYSTEME

Am Beispiel General Motors

Fortsetzung auf der RÜCKSEITE

Beim, mit vielen Steuermilliarden nach Österreich geholten amerikanischen Multi, GENERAL MOTORS tut sich einiges. Die Arbeiter, die schon unter niedrigem Lohn und schlechten Arbeitsbedingungen (Schichtarbeit) leiden, sollen jetzt auch noch überwacht werden. Dazu sollen, die schon aus Deutschland und anderen Industriestaaten bekannten Betriebsüberwachungssysteme mit den wohlklingenden Namen "BEES" und "INTERPERS" eingesetzt werden.

Die Auswirkungen dieser Systeme sind bekannt: höherer Leistungsdruck und gesteigerte Kündigungsangst der Arbeiter, da jede Minute, die nicht gearbeitet wird, gespeichert und auf Knopfdruck abrufbar ist.

Aus Deutschland, wo sie schon länger eingesetzt sind, weiß man, wie weit diese Systeme führen können. Dort wird alles überwacht: Arbeitszeit, Essenszeit, Art des Essens und sogar jeder Gang zum WC wird registriert. Das führt dazu, daß die Betriebsleitung auf Knopfdruck herausfinden kann, welcher Arbeitneh-



Bei General Motors tut sich was

mer nicht ganz gesund ist, da dieser ja Schonkost zu sich nehmen muß. Man sieht, welche Möglichkeiten diese Systeme den Unternehmern in die Hände spielen, um die Arbeiter voll auszunutzen.

Den Arbeitern von GM ist der Einsatz von BEES bis jetzt erspart geblieben. Das verdanken sie vor allem sich selbst und der GOA (Gruppe oppositioneller Arbeiter),

INHALT

SPÖ.....	Seite 2
Verstaatlichte...	Seite 3
Austromarxismus..	Seite 4
Papst.....	Seite 6
Sri Lanka.....	Seite 7
England.....	Seite 8
Kürzungen.....	Seite 9

Die neue Linie der SPÖ

"ARZT AM KRANKENBETT DES KAPITALISMUS"

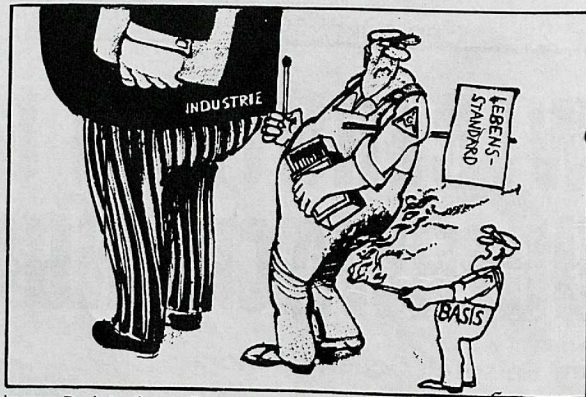
Am Wiener Landesparteitag legte der neue Bundeskanzler Fred Sinowatz die politische Linie der SPÖ dar. Es wird da wieder von der Gesinnung der soziodemokratischen Bewegung gesprochen. Humanität und Solidarität sollen die Grundlagen der SP-Politik sein. Liberale Gedanken und politische Fantasie sollen die 80-er Jahre meistern helfen.

SOZIALPARTNERSCHAFT

Kein Wort hat der Bundeskanzler aber für streikende, für ihre Rechte kämpfende Arbeiter, übrig. Arbeitskampf und Klassenkampf paßt unseren sozialpartnerschaftlichen Funktionären nicht in die politische Linie. Auch in der nächsten Regierungsperiode wird die Institution der Sozialpartnerschaft versuchen, die kapitalistische Krise auf die Arbeiter und Angestellten abzuwälzen. Auch in den 80-er Jahren werden die Steuerzahler die Gewinne der Unternehmer sichern.

Für die SPÖ-Spitze werden die nächsten Jahre eine Zeit der Reformen sein.

In einer kapitalistischen Wirtschaftskrise bedeuten diese Reformen neue Belastungen für die Werktätigen und einen Abbau der Sozialleistungen. Der Bundeskanzler macht jedoch die Rechnung ohne die Arbeiter. Sie werden wirkliche Hilfe von der SP-Regierung fordern. Wie die Entwicklung in Spanien, Griechenland und Frankreich zeigt, werden immer mehr Arbeiter gegen die reformistische Politik der Zusammenarbeit mit den Unternehmern demonstrieren.



Unsere Parteisitze will nicht die Grenzen des Kapitalismus und nicht die Grenzen der österreichischen Wirtschaftspolitik sehen. Das Budgetdefizit wird keinen Ausbau der Investitionen und Sozialleistungen zulassen. Der Lebensstandard der österreichischen Arbeiter wird weiter sinken.

beitenden Bevölkerung die Sache der SPÖ wird.

Thomas Kerschbaum SJ-10

SOZIALISTISCHES PROGRAMM

Somit ist klar, wer die Krise ausbaden muß - die Arbeiter und Angestellten.

Auch den überzeugtesten Reformisten kann nicht verborgen bleiben, daß ihre Politik keine Zukunft hat.

Nur die Überwindung des Kapitalismus und die Schaffung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung kann einen Ausweg aus der Krise bringen.

Kämpft mit uns in SPÖ und ÖGB für ein sozialistisches Programm, damit wieder die Interessen der ar-

IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sozialistische Jugend Wien.
 Verantwortlicher Redakteur: Robert Schiffler
 1100 Wien Knöllg. 41/37
 Richtung der Zeitung: Sozialistische Betriebszeitung.
 Druck: Brücke-Druck- und Verlags-GesmbH. 1010 Wien, Wipplingerstr. 23

Verstaatlichte Industrie:

AUSGETRÄUMT!

Mit kapitalistischen Rezepten immer tiefer in die Krise

Der Kapitalismus steckt weltweit in der Krise; mehr als 35 Millionen Arbeitslose in den Industriestaaten sprechen eine deutliche Sprache. Allein in der Stahlindustrie gingen in den letzten Jahren hunderttausende Arbeitsplätze verloren: in den EG Staaten waren es seit 1974 258 000, in den USA 190 000. Und so ist es wohl kaum ein Wunder, daß auch Österreichs verstaatlichte Industrie, die in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem nach kapitalistischen Grundsätzen geführt wird, immer schwerer von der Krise betroffen ist.

Seit 1975 wurden in Österreich 28 Bergbaue, Werke und Anlagen geschlossen. Von knapp mehr als 114 000 Beschäftigten 1981 sank im Vorjahr der Stand in Österreichs Verstaatlichter auf 109 626 Mitarbeiter ab. Ende März 1983 hieß der Stand bereits nur noch 105 781.

Aber nicht nur die Manager des früheren "Flaggschiffs" der Verstaatlichten, der Stahlindustrie (VVO, VOEST-Alpine usw.), reagieren auf diese Krise mit jenem Rezept, das überall dort angewandt wird, wo ein kapitalistisch geführter Betrieb in Schwierigkeiten kommt. In praktisch allen Bereichen der verstaatlichten Industrie wird die Last der Krise auf die Rücken der Arbeiter und Angestellten abgewälzt, wie der folgende kurze Überblick zeigt.

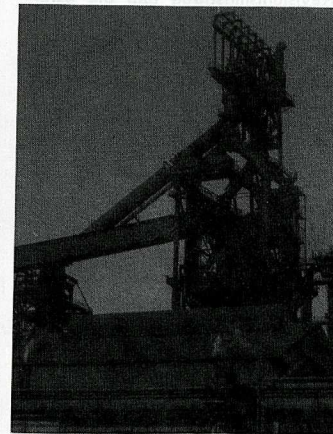
ELIN: Bei Elin sank der Beschäftigungsstand zwischen März 1982 und März 1983 um 256 auf 7744. Gänzlich von der Schließung bedroht ist das Werk Brünner Straße.

SGP: Der Beschäftigungsstand der Simmering-Graz-Pauker Werke verringerte sich trotz ausgeglichener Bilanz 1982 um 200 auf 4700.

VMW: Die Vereingten Metallwerke (Aluminium) ziehen gerade ein einschneidendes Spar- und Rationalisierungsprogramm durch, unter anderem wurden im Zuge dessen

413 Mitarbeiter entlassen (4976 Beschäftigte).

CHEMIE LINZ: Dubiose Dioxin-Affären erregten mehr Aufsehen als ein rigoroses Einsparungs-



VOEST: Der letzte Hochofen in Betrieb

programm: Abbau der Überstunden, Einschränkung "freiwilliger" (d.h. gewerkschaftlich erkämpfter) Sozialleistungen, Entlassung von mindestens 440 Mitarbeitern bis Ende 1984.

ÖMV: Trotz Gewinnen wurden im Vorjahr 180 Beschäftigte entlassen.

"rote" Manager

Der Traum vom immerwährenden Aufschwung, von einem krisenfesten Kapitalismus, der auch in SPÖ und ÖGB weit verbreitet war, ist nun wohl endgültig ausgeträumt. Aber anstatt mit einem Wirtschaftssystem, das unzählige Menschen in das Elend der Arbeitslosigkeit gestoßen hat, endgültig aufzuräumen, versucht man gerade auch in der Verstaatlichten, weiterhin mit kapi-

talistischen Rezepten am todkranken Kapitalismus herumzudoktern. Ein Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse wird dadurch nicht gefunden, die Krise auf Kosten der Arbeitenden noch mehr verschärft.

Daß Einsparungen, Abbau von Sozialleistungen, Rationalisierungsmaßnahmen, erhöhte Arbeitshetze oft von Managern mit "rotem" Parteibuch durchgesetzt werden, verbittert natürlich die davon Betroffenen und entfremdet sie ihren ur-eigensten Organisationen, SPÖ und ÖGB. Die Sozialdemokratie muß endlich Schluß machen mit ihrer Rolle als "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus" und ein entschlossenes Programm im Interesse der arbeitenden Bevölkerung aufnehmen.

Deshalb fordern wir:

- * Statt Kurzarbeit: 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer ohne Lohnverlust!
 - * Statt Sozialabbau: Kürzung der Gehälter der Unternehmensleitenden!
 - * Demokratische Kontrolle und Verwaltung der staatlichen Betriebe durch Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu gleichen Teilen!
 - * Ausarbeitung und Durchführung eines zentralen volkswirtschaftlichen Plans zur langfristigen Regulierung einer krisenfreien Produktion unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- Weil wir diese Forderungen aber nicht alleine durchsetzen können, rufen wir euch auf:
- Werdet Mitglied in SPÖ, ÖGB und SJ!
- Kämpft gemeinsam mit uns für die Durchsetzung eines sozialistischen Programms in SPÖ und ÖGB!

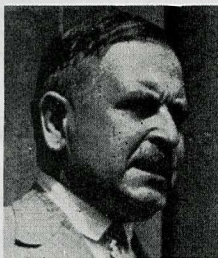
Helmut Kepp
 Vorsitzender
 der SJ 10

DIE SCHEINLÖSUNG AUSTROMARXISMUS

Kämpferische Basis – Verräterische Führung

Andreas
Pittler SJ 5

Der Austromarxismus hat in letzter Zeit erneut Aufmerksamkeit in der europäischen Linken gewonnen. Die Ursache hierfür liegt vor allem in der Suche des sogenannten linken Flügels der Sozialdemokratie und der Eurokommunisten. Nach einer politischen Grundlage und nach dem Ausweg aus ihrer eigenen Konzeptlosigkeit. Das läßt sie verstärkt auf die theoretischen Werke eines Max Adler und eines Otto Bauer zurückgreifen.



Otto Bauer

Der Austromarxismus – dieser Begriff wurde 1914 vom amerikanischen Sozialdemokraten Louis Boudien geprägt – ist die "linke" Spielart des Reformismus und, oberflächlich gesehen, ein "dritter Weg" zwischen Revisionismus und Bolschewismus. Doch studiert man die Werke des Austromarxismus genauer, so erkennt man sehr schnell, daß es sich hier lediglich um "falsch etikettierten" Revisionismus handelt, nicht umsonst sagte Ignaz Auer, einer der Parteiführer, über den Revisionismus und dessen Begründer Bernstein: "Was Bernstein

vorschlägt, tue man, sage man aber nicht!" Aber nicht nur in der Revisionismussfrage gab die österreichische Sozialdemokratie eine ganz lächerliche (und rechte) Figur ab, auch alle anderen Grundlagen linker Politik wurden bedenkenlos, ja sogar liebend gern, über Bord geworfen.

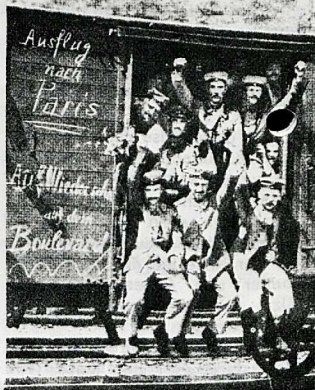
Kriegsfrage

Die Austromarxisten waren zu einem Großteil deutschnationale Chauvinisten (Pernerstorfer, Leuthner, Renner, Austerlitz) – so machte zum Beispiel Engelbert Pernerstorfer, Clubobmann der SDAP im Parlament, den Sozialismus abhängig vom Sieg des deutschen Kulturvolkes über die barbarischen Slawen. Insofern ist die Propagierung des Anschlusses an Deutschland nur eine konsequente Weiterentwicklung. Und der AZ-Chefredakteur Austerlitz jubelte zu Kriegsbeginn 1914 den "Tag der deutschen Nation" hoch und wünschte einen baldigen Sieg aller wahrhaft Deutschen gegen den finsternen Osten der Serben und Russen. So schrieb er in der AZ vom 5. August 1914: "Der Weltkrieg ist ausgebrochen, damit an irgendeinem Fluß des Balkans, dessen Name kein Kulturmensch auszusprechen vermag, der Wille des Zaren herrscht... und um des halbbarbarischen Serbiens Willen...".

Nationalismus

Josef Leuthner, außenpolitischer Sprecher der Partei, ging sogar noch weiter und erklärte frank und

frei: "...nur der heilige deutsche Kampfzorn kann den russischen Volksimperialismus schlagen. Jeder, der in Rußland politisch denke, wünsche die Vernichtung Deutschlands... Die Ursachen liegen im russischen Volkscharakter. Nicht einmal in Zeiten finsterster Tyrannei habe es Zeichen von Kultiviertheit gegeben... Die russische Nation... hat Grausamkeiten in asiatischer Fülle, lyrischer Weisheit, brütende Trauer und grellen Sinnes-taumel, wahre Tatengröße bringt sie jedoch nicht hervor, es sei denn als "Wahnsinnshandlung." (J. Leuthner, Russischer Volksimperialismus, Berlin 1915)

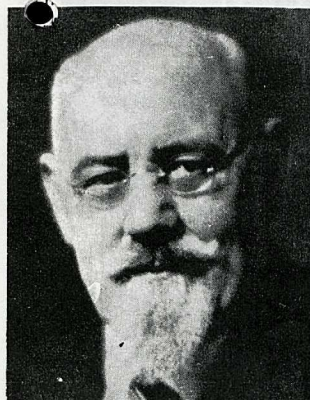


Leuthner mußte die Geschichte gründlich verfälschen, um das schreiben zu können, er leugnete die Narodniki, einen Tolstoj, einen Dostojewski, einen Gorki und nicht zuletzt die Bolschewiki, von denen die Austromarxisten allesamt eine

Menge hätten lernen können (Im Gegensatz zu den Österreichern unterstützten die Bolschewiki nämlich nicht die eigene Regierung im Krieg, im Gegenteil!).

Schon damals Sozialpartnerschaft

Verfechter des Austromarxismus verschweigen auch gerne die Tatsache, daß auch schon hier die Sozialpartnerschaft gehandhabt wurde (nicht nur die Koalitionsregierung 1918–20), nein, 1917 setzt die Regierung und die SDAP eine Gewerkschaftskommission ein, die darüber zu wachen hatte, daß das Kriegsrecht nicht verletzt wurde (will heißen, daß die Arbeiter zwar 14 Stunden arbeiteten, aber sich nicht darüber aufregten!).



Karl Renner

Aber nicht nur in der Kriegsfrage waren die Austromarxisten rassistisch, sie sprachen sich auch konsequent gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker aus (mit Ausnahme des deutschen Kulturvolkes). Den Tschechen, Ungarn, Ruthenen usw. sollte zwar Autonomie zuteil werden, aber keinesfalls ein eigener Staat. Nicht umsonst verteidigten Renner, Adler & Co. die Habsburg Monarchie bis zuletzt. So auch im Jännerstreik 1918.

Aufgrund der verheerenden Versorgungslage der Bevölkerung, der zurückflutenden Kriegsgefangenen, die die große sozialistische Oktoberrevolution miterlebt hatten, und des großen Massenelends kam es im Januar 1918 zu Massenstreiks und Arbeitsniederlegungen in den



Republikanischer Schutzbund

Rüstungsbetrieben in Wiener Neustadt und der Steiermark. Die Sozialdemokratie stellte sich an die Spitze der spontanen Erhebung, allerdings mit dem Ziel, sie zu kanalisieren und abebben zu lassen. Es kam zu Verhandlungen, in denen Seitz und Victor Adler die Minister der Regierung baten, ein paar Zugeständnisse zu machen, weil sie sonst die Massen nicht länger unter Kontrolle halten könnten. Daraufhin wurden die Lebensmittelpreise nur verdoppelt, nicht verdreifacht. Adler & Co. feierten das als Erfolg und riefen zur Beendigung des Streiks auf, der Anfang Februar dann tatsächlich auch zusammenbrach. Namhafte Experten halten diese Situation noch heute für die größte Möglichkeit, in Österreich eine Arbeiterdemokratie zu installieren. Aber stattdessen waren Victor Adler und die SDAP lieber konterrevolutionär und beriefen eine Gewerkschaftskommission ein die sich aus Unternehmern und Arbeitervertretern zusammensetzte. Nach 1945 griff man diese Institution als Sozialpartnerschaft wieder auf.



Victor Adler

Die Koalitionsregierung Renner (1918–20) war daher nur die logische Konsequenz der reformisti-

schen Politik der SDAP, wobei allerdings gesagt werden muß, daß durch viele Reformen (z.B. 8-Stunden-Tag, Pensionsberechtigung, Sozialversicherung, Arbeitslosigkeit.. .) die Politik der SDAP scheinbar gerechtfertigt wurde.



Bürgerkrieg 1934

Bundesheer schießt auf Arbeiter

Die Handlungsweise der Parteiführung änderte sich zu keiner Zeit. Auch 1927 nach dem Schattendorfer Prozeß und sogar 1934 in den Februartkämpfen, schreckte die Parteiführung vor einer Erhebung zurück. Man verzichtete solange auf die Kraft des Proletariats, bis es zu spät war. Die Folgen der Niederlage sind einzig und allein den Bauern, den Julius Deutschs und den Renners, kurz, den Austromarxisten zuzuschreiben, die sich entweder, als es brenzlich wurde aus dem Staub machten (Bauer, Deutsch), oder sich gar mit den Nazis arrangierten (Renner). Otto Bauer hatte wenigstens noch den "Mut" zuzugeben, daß "der einzige Unterschied zwischen den Austromarxisten und den Reformisten darin bestand, daß es die Austromarxisten nicht wagten, aus ihrer reformistischen Praxis die theoretische Konsequenz zu ziehen... ." (O. Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen?, Bratislava, 1936)

Warum hat Labour verloren?

ENGLAND NACH DEN WAHLEN

Vier Jahre lang katastrophale Wirtschaftspolitik hinderte das britische Volk nicht daran die Konservativen noch einmal zu wählen. Thatchers Partei hat jetzt einen Vorsprung von 144 Sitzen im Parlament. 42,4% der Stimmen gingen an Thatcher nur 1,2% weniger als 1979.

Labour hat seit 1922 das schlechteste Wahlergebnis. Sie erreichten nur 29% der Stimmen.

Wir fragen nach den Ursachen: Der Falklandkrieg spielt da eine große Rolle. Der Sieg konnte in einen Sieg für die Konservativen umgewandelt werden. Thatcher wurde durch die Presse die nationale Führungsrolle zugesprochen, im Gegensatz zu Michael Foot der weder ja noch nein zum Krieg sagte.

Eine Abspaltung der Labour Party, die Sozialdemokraten gingen mit den Liberalen ein Bündnis ein. Sie bekamen 25% der Stimmen, die auf Kosten der Labour Party gingen. Dieses Bündnis wurde in der letzten Wahlwoche von Presse und Geschäftsleuten hochgejubelt, um die Konservativen an die Regierung zu bringen.

Viele Arbeiter hatten die Politik der Labourregierungspartei noch gut in Erinnerung: Die Abwertung des Pfundes 1969, die Kürzungen der Sozialleistungen und die Versprechungen Großbritanniens dadurch aus der Krise zu holen. Sie gingen entweder gar nicht wählen (28%), oder wählten konservativ, in der Hoffnung, daß es "irgendwie besser wird".

Aber das Beispiel Liverpool zeigt, daß ein Wahlsieg Labours möglich gewesen wäre. In Liverpool kandidierte Terry Fields, ein Anhänger der marxistischen Wochenzeitschrift MILITANT, mit einem sozialistischen Programm.

In seinem Wahlkreis Broadgreen siegte er mit 3800 Stimmen Vorsprung. Terry Fields wird auch wei-



LABOUR IM WAHLKAMPF

ter mit einem Facharbeiterlohn auskommen und alle Diäten, die darüber hinausgehen an die Arbeiterbewegung spenden.

In Coventry konnte Dave Nellist für Labour den Sieg erringen, auch er ist ein Anhänger von MILITANT, auch er will mit einem Arbeiterlohn leben, auch er setzte sich für ein sozialistisches Programm ein.

Für die nächsten Wahlen muß die Labour Party die Notwendigkeit eines sozialistischen Programms erkennen, denn nur so wird sie einen Wahlsieg erringen können.

Bettina Wolf SJ10



Der Papst in Wien

Kaum etwas wird in den Medien so hochgespielt wie der Papstbesuch zum Katholikentag am Wochenende des 11. September in Wien. Hunderttausende von Menschen kommen, ein riesiges Stahlkreuz wird aufgestellt, der Heldenplatz wird mit einer großen Rampe verbaut, Messen im Stadion und am Heldenplatz sind angesagt. Das ganze Spektakel (anders kann man es nicht nennen) kostet 60 Millionen wobei der Staat für die Hälfte aufkommt, abgesehen von ermäßigten Tarifen der Verkehrsbetriebe.

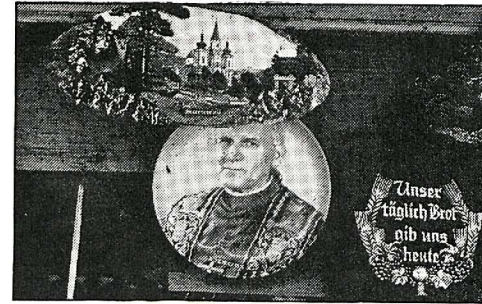
jede progressive Strömung außerhalb und innerhalb der Kirche.

Unsere bürgerlichen Politiker rühmen seine Menschenrechtspolitik in der ganzen Welt.

Von seiner Menschenrechtsliebe hat man in Lateinamerika nicht viel gesehen. Er sprach sich in rechten Militärdiktaturen nicht direkt gegen Todesurteile aus, sondern bat nur um die Verschiebung der Vollstreckung während seines Aufenthaltes in den jeweiligen Ländern. In den reaktionärsten Ländern fühlte er sich am wohlsten, da dort Polizei und Militär die volle Kontrolle be-

tion in Nicaragua gespielt hat, sich selbst als Marxist bezeichnet und Aussprüche wie "Der einzige Weg zum Paradies ist die Revolution" sagte, gewährte der Papst nicht mal eine Audienz.

In Polen spielte er den großen Befreier, der voll hinter der Solidarnosc steht. Wenn man seine Reden in Polen gehört hat, darf man aber nicht vergessen, daß gerade er und die polnische Kirche die Arbeiter immer wieder aufgefordert haben, ruhig zu bleiben und nicht zu weit zu gehen. Auch er hat, genauso wie die stalinistische Führung, von einer Umgestaltung der Gesellschaft in Polen gewarnt. Wenn dort demokratischer Sozialismus an die Stelle der jetzigen bürokratischen Herrschaft treten würde, würden ihm die Polen seine Phrasen nicht mehr abnehmen.



Papstsouvenirs: Kommerz und Frömmigkeit

Zu der Frage: "Wozu das alles?" kommt man angesichts dieser Überhäufung jedes einzelnen mit positiven Meldungen zum Papstbesuch aus Zeitungen und Fernsehen fast nicht. Trotzdem sollte sich jeder diese Frage stellen und sich mit dem Mann beschäftigen, um den soviel Aufsehen gemacht wird.

Seit seiner Machtübernahme verfolgt der Papst eine konsequente politische Linie. Wenn wir seine Aussagen zu außenpolitischen Fragen betrachten, müssen wir ihn als politischen Faktor, der durch seine Macht und Stellung, soziale Vorgänge beeinflussen kann, und nicht als Oberhaupt der Kirche kritisieren. So bezieht der "eilige" Vater stets klar Stellung und stellt sich gegen

hielten und er mit keinen fortschrittlichen Kräften konfrontiert wurde. Während seines Besuches in El Salvador stimmte er sogar zu, als das Regime wegen seines Besuches den Belagerungszustand ausrief, die Hälfte der Bevölkerung evakuierte und den Christen verbot, das Grab des ermordeten Erzbischofs Romero zu besuchen. Seine Messe für den Frieden hielt er auch nur vor geladenen Gästen, von denen viele verantwortlich für zahllose Morde, Massaker und Folterungen (auch an Christen) sind. Das Volk blieb ausgesperrt.

An der fortschrittlichen Volkskirche in Nicaragua ließ er kein gutes Haar. Ernesto Cardinal, Priester, der eine führende Rolle bei der Revolu-



ARBEITER WOLLEN FREIHEIT, ABER PAPST MAHNT ZUR GEDULD.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7
Der Papst in Wien

Auch in der Empfängnisverhütung nimmt er eine erzkonservative Stellung ein. Über Schwangerschaftsabbruch kann man streiten, aber warum Frauen, die die Pille übertragen, sie nicht nehmen dürfen, bleibt unklar. Sexuelle Betätigung ist eben nicht nur zur Fortpflanzung da, sondern macht sogar Spaß. Aber das wollen die Herren, die im Zölibat leben, offenbar nicht einsehen.

Die Taten des Papstes zeigen, auf welcher Seite er steht, er unterstützt durchwegs die herrschenden Klassen und wendet sich gegen die Befehdung der Arbeiterklasse und ihre Kämpfe.

Wer mit den Ideen des Papst nicht übereinstimmt, oder dem Rummel entgegen will, für den gibt es an diesem Wochenende zwei andere Veranstaltungen. Erstens das "Alternativfest zum Papstrum-

mel" der Sozialistischen Jugend Wien am 10.9. und zweitens eine Veranstaltung der SPÖ zum Thema "Solidarität mit Chile-" 10 Jahre Unterdrückung am 11.9.

Weil wir nicht einsehen, warum der Staat für ein Fest der Kirche bezahlen soll, fordern wir: *Völlige Trennung von Kirche und Staat!

Robert Brunthaler SJ10

WIDERSTAND GEGEN KÜRZUNGEN!

Unter dem Druck der FPÖ und eines Budgetdefizits von 72 Milliarden S (1982), will nun die neue SPÖ/FPÖ Koalitionsregierung ab Herbst mit rigorosen Einsparungsmaßnahmen beginnen.

Was diese Einsparungen bedeuten, sieht man seit Jahren in einer Reihe von Ländern, (z.B. Schweden, England, Niederlande und BRD). Nämlich die Demontage des Sozialstaates. Während Karl Blecha noch vor den Wahlen versprach: "Die SPÖ wird auf keinen Fall eine Demontage des Sozialstaates zulassen!" zeigt sich nun, was die Beteiligung einer bürgerlichen Partei an der Regierung bedeutet. Wirtschaftskrise und Staatsverschuldung sollen nach dem Willen der FPÖ auf den Rücken der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten abgewälzt werden.

Den ersten "Sieg" landete die FPÖ schon während der Koalitionsverhandlungen. Die Zinsertragssteuer auf Sparbücher wurde zu Fall gebracht (diese Steuer hätte, bei einem Freibetrag von 100 000 S, vor allem die Reichen betroffen). Auch der Plan des 13. und 14. Monatsgehaltes ab einem Verdienst von 20 000 S stärker zu besteuern wurde auf Drängen der FPÖ aufgegeben. Statt dessen werden nun die

sozial Schwächeren zur Kasse gebeten. So soll die Mehrwertsteuer um 2%, auf 20% erhöht werden (die Steuer auf Luxusgüter bleibt gleich).

Die Mehrwertsteuer auf Gas und Strom wird von 13% auf 20% angehoben.

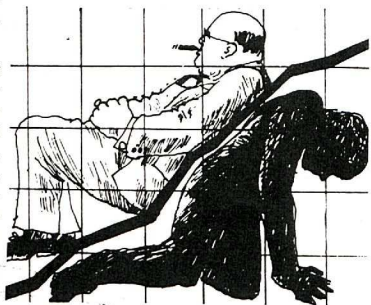
Die Bahn- und Posttarife sollen angehoben werden.

Die Arbeitslosenversicherungsbeiträge, die erst vor wenigen Monaten um ein 1/2% erhöht wurden, werden neuerlich erhöht.

Die Sozialversicherungsbeiträge werden erhöht.

Kürzungen bei Geburtshilfen soll es geben.

Einsparungen bei den Gratis-schulbüchern.



Kürzungen im Heiratszuschuß. Wegfall von Sozialleistungen bei Beamten.

Ersatzersatzlose Streichung der Wohnungsbeihilfe (30S).

Diese Maßnahmen sind aber nur die Spitze eines Eisberges. Wenn es nach dem Willen des Kapitals geht, wird dessen Vertreter, die FPÖ, rasch auf weitere Kürzungen im Sozialbereich drängen.

Diese Maßnahmen bedeuten einen schweren Eingriff auf den, ohnehin schon sinkenden Lebensstandard, der Lohnabhängigen.

Die SPÖ, die als großer Partner in der Koalitionsregierung, diese unsozialen Kürzungen mit trägt, wird (und das mit vollem Recht) von den Arbeitern dafür verantwortlich gemacht werden. Unsere Spitzen-genossen versuchen uns einzureden, daß es uns, wenn wir jetzt den Gürtel enger schnallen, bald wieder besser geht. Sie haben noch immer nicht begriffen, daß Kapitalismus, immer Arbeitslosigkeit und Hunger bedeutet. Wenn die SPÖ nicht mit dem Kapital bricht, dann wird sie in wenigen Jahren die Rechnung für diese Politik präsentiert bekommen.

Deshalb müssen wir dafür kämpfen, daß die SPÖ eine wirklich sozialistische Politik macht.

Robert Schilffe SJ10

DIKTATUR IN SRI LANKA

Unsere bürgerlichen Medien berichten nur sehr wenig über Vorgänge in einem der Urlaubsparadiese der westlichen Welt. Abgesehen von den Touristen liegt noch etwas sehr Wichtiges in Sri Lanka. Westliche Unternehmer besitzen einiges Kapital auf der kleinen Insel im Indischen Ozean. 1982 besuchte der deutsche Entwicklungsminister Sri Lanka, um dort nach dem Rechten zu sehen.

Im gleichen Monat ließ der Präsident J.R. Javervardene eine Volksabstimmung durchboxen. Die 1983 vorgesehenen Parlamentswahlen wurden um sechs Jahre verschoben. Schon vorher hatte er den nationalen Notstand ausgerufen, die Pressezensur verhängt und Oppositionspolitiker verhaften lassen. Von der Regierung gedungene Schlägertrupps terrorisierten die Menschen, schlugen Frauen und Kinder zusammen.

Arbeiterbewegung

Sri Lanka hat eine relativ kleine, dafür aber hochgebildete Arbeiterklasse. 22% der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiten in Fabriken und in gut ausgebauten Transport- und Dienstleistungsbereichen.

Die Arbeiter blicken auf eine kämpferische Tradition zurück. Diese beginnt in den 30er-Jahren im kolonialen Befreiungskrieg gegen Großbritannien. 1953: ein revolutionäre Generalstreik erzwingt Zugeständnisse, wie z.B. sozialstaatliche Leistungen und kostenlose Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, wie Reis. Damals führte die LSSP die Arbeiter an. Die LSSP entstand in den 30er-Jahren und bekannte sich zum Programm des Revolutionsführers LEO TROTZKI.

VOLKSFRONT

Die Zugeständnisse der Herrschenden nährten aber die reformistischen Illusionen der LSSP Führer: sie glaubten, der Kapitalismus könne nun doch die gegensätzlichen Interessen von Arbeitern und Unter-

nehmern versöhnen. Außerdem hofften sie auf Ministerposten in einer Koalitionsregierung und gingen 1970 eine Koalition mit der KP SLFP (inländische Unternehmer) ein.

Unter dem Druck der Arbeiter wurden 80% der Teeplantagen verstaatlicht. Das Außenhandelsmonopol und die Finanzwirtschaft blieben aber in der Hand von westlichen Unternehmern und Banken. Außerdem wurde der Lebensstandard der Arbeiter um 50% gekürzt.

Niederlage und Neugründung

1977 verlor die LSSP und die KP alle Sitze im Parlament. Die Kritik innerhalb der LSSP nahm zu. Um die marxistische VAMA-Tendenz konzentrierte sich die Forderung nach einer neuen revolutionären Arbeiterpartei und die Kritik an der Parteiführung wuchs. Auf einem Parteitag stimmten 2/3 der LSSP-Mitglieder für die Gründung einer neuen Partei, der NSSP. Die NSSP sollte die neue revolutionäre Partei der Arbeiterklasse werden.

1977 siegte die VNP (Vertreter des ausländischen Kapitals) und Präsident J.R.. Der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank stützten sofort die Wirtschaft des reaktionären Regimes.

Seitdem wird der Lebensstandard der Arbeiter und armen Bauern immer geringer und die Auslandsverschuldung immer größer (1985 wird der Schuldendienst im Westen 24% des Brutto sozialprodukts verschlingen).

Generalstreik 1980

1979 wurde ein Gesetz verabschiedet, das Streiks im öffentlichen Dienst verbot. 80 000 gingen in Generalstreik unter der Führung der NSSP. Dieser Streik wurde jedoch mit Polizeieinsatz, Massenentlassungen und Verhaftungen gebrochen,

zeigte aber wieder die Stärke der Arbeiterbewegung.

Unruhen 1983

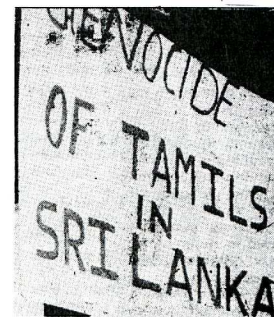
Im Sommer 1983 brachen erneut Unruhen aus. Die tamilische Minderheitsbevölkerung ist seitdem brutalen Verfolgungen ausgeliefert. Die Ausschreitungen gegen die Tamilen wurden von Militär und Polizei geduldet und unterstützt. Schlägertrupps der Regierung leisteten Vorarbeit und heizten die Stimmung unter der verarmten Bevölkerung an. Der Regierung nützte diese Auseinandersetzungen zwischen Singalesen und Tamilen in zweifacher Hinsicht: es spaltet die Arbeiter, armen Bauern und unterdrückten Schichten, in sich bekämpfende Gruppen und liefert den Vorwand, den Notstand auszurufen.

Die Tamilenpartei TULF wurde endgültig verboten, ebenso noch die marxistische NSSP, die KP und die linke JVP. Diese Verbote sind eine schwere Niederlage für die Arbeiterbewegung. Viele tausend Menschen werden in Lagern und Gefängnissen festgehalten.

Es gilt nicht, ein gefährdetes Urlaubsparadies für Touristen zu sichern, sondern wir müssen uns für die nationale Gleichberechtigung der Tamilen und für die Abschaffung der Diktatur einsetzen.

Die internationale Arbeiterbewegung muß ihre Solidarität und Stärke einsetzen.

Thomas Kerschbaum SJ10



VORWÄRTS

FORTSETZUNG:

die immer wieder die Gefährlichkeit von BEES aufgezeigt hat. Die Mitarbeiter der GOA haben in ihren Flugblättern und in der von ihnen herausgegebenen Betriebszeitung auf die Auswirkungen von Betriebsüberwachungssystemen aufmerksam gemacht.

Als dann eines Tages Anschlüsse für BEES an den Maschinen einer Werksgruppe angebracht waren, streikte die ganze Gruppe solange, bis die Anschlüsse wieder abmontiert wurden. Der Kampf gegen BEES ist aber noch nicht gewonnen.

Die Betriebsleitung wird immer wieder versuchen es zu installieren, und nur der aktive Kampf der Ar-

beiter dagegen, kann den Einsatz des Systems verhindern.

BEES ist aber nicht das einzige Problem mit dem die Arbeiter von GM zu kämpfen haben. Ein anderes ist der Werksschutz die "Polizei" von GM. Mit den Werksschutzleuten machten wir schon unsere Erfahrungen. Beim Flugblattverteilen wurden wir vom Werksschutz ins Werk gebracht und dort verhört, obwohl sie dazu überhaupt kein Recht hatten. Gegen solche Methoden müssen wir uns wehren, damit es nicht soweit kommt wie in anderen Ländern. In Amerika besteht die Aufgabe des Werksschutzes darin, streikende oder aktive Gewerkschafter zusammenzuschlagen.

GENERAL MOTORS

Gegen all diese Mißstände unternimmt der Betriebsratobmann STIFTER nichts. Er macht nichts gegen BEES und arbeitet, soweit wir es sehen konnten, auch recht gut mit dem Werksschutz zusammen. So ein Betriebsrat, es mag ihn auch in vielen anderen Firmen geben, ist kein Arbeitervertreter mehr. Durch seine Arbeitsfreistellung und sein schönes Büro hat er jeden Kontakt zu den Arbeitern verloren. Daher ist die GOA die einzige politische Kraft, die die Arbeiterinteressen bei GM vertritt. Sie ist jedoch nur eine kleine Gruppe von aktiven Arbeitern und hat nicht viele Möglichkeiten ihre Meinung zu veröffentlichen. Aber gerade öffentliche Unterstützung braucht sie, um, wenn es darauf ankommt, nicht alleine dazustehen.

KÄMPFT MIT UNS !!!

Wenn euch Betriebsüberwachungssysteme oder andere Fragen der Arbeiterbewegung interessieren, kommt doch einmal in die ROTE WERKSTATT. Wir kämpfen für die Erreichung einer neuen Gesellschaft, den Sozialismus, in dem man ohne BEES, Werksschutz und anderen arbeiterfeindlichen Methoden auskommen wird, da die ganze Macht in den Händen der Arbeiter selbst liegt.

Robert Brunthaler SJ 10



Spendet für VORWÄRTS!

Gefällt Euch unsere Zeitung? Dann helft uns, daß wir sie weiter herausbringen können. Wir haben immer noch das rötige Geld nicht, um uns einen eigenen Schreibcomputer anzuschaffen. Bis zum nächsten Jahr haben wir uns zum Ziel gesetzt 30 000S für so ein Gerät zusammen zu haben.

Es fehlen aber noch viele andere

Sachen, ein Überschriftensetzgerät, ein Lay-outtisch usw.

Ein Genosse hat in den Sommerferien gearbeitet und spontan einen größeren Betrag gespendet. Nehmt das als Beispiel!

NEUE KONTONUMMER
Z670043207

ICH MÖCHTE VORWÄRTS
ABONNIEREN und habe Ös 40
(für sechs Ausgaben)
auf das Postscheckkonto
Robert Schiffler Kontonr.
7409295
überwiesen.
Lieferung folgt nach Zahlungseingang.
Name: